

# Bericht aus Berlin



## Koalitionsausschuss beschließt Integrationsgesetz **„Fördern und Fordern“ wird festgeschrieben**

Die hohe Zahl von Flüchtlingen erfordert nicht nur große Anstrengungen bei der Registrierung, Steuerung und Ordnung der Flüchtlingsbewegung. Schon jetzt muss daran gedacht werden, wie wir die auch längerfristig bleibeberechtigten Asylbewerber in Deutschland integrieren können. Ziel des Gesetzes ist es, möglichst viele Menschen in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Das Gesetz steht unter dem Motto „Fördern und Fordern“ und beinhaltet unter anderem Sanktionsmöglichkeiten, wenn Asylbewerber nicht zu Sprach- oder Integrationskursen erscheinen. Fördern tun wir Asylbewerber schon länger, Fordern ist neu und richtig. Wer nicht mitwirkt oder sich etwas zu Schulden kommen lässt, muss mit Sanktionen rechnen, bis hin zum Wegfall der Aufenthaltserlaubnis. Diese Regelung ist ein großer Erfolg für die Union und muss nun auch im Bundestag beschlossen werden. Darüber hinaus wurde ein Maßnahmenkatalog zur Terrorismusbekämpfung beschlossen, der die bisher von uns schon getroffenen, guten Regelungen zur Terrorismusabwehr in Deutschland weiter ausbaut. So sollen die deutschen Nachrichtendienste enger mit ausländischen Partnerdiensten kooperieren und in diesem Zusammenhang der Datenaustausch verbessert werden. Darüber hinaus soll die Bundespolizei bessere Befugnisse bei der Gefahrenabwehr bekommen. Die ausführlichen Eckpunktepapiere sind auf der [CDU-Homepage](#) abrufbar.

Sehr geehrte Damen und Herren,

heute hat die Bundesregierung strafrechtliche Ermittlungen gegen Jan Böhmermann nach §103 Strafgesetzbuch zugelassen. Diese Entscheidung ist für mich gefühlt kaum akzeptabel. Juristisch ist sie aber leider nachvollziehbar, jedenfalls solange es den Paragraphen 103 StGB gibt. Denn auch für die Bundesregierung gilt, dass die Justiz unabhängig von politischer Einflussnahme ihrer Arbeit nachgehen soll. Die Haltung der SPD wäre jedenfalls politische Einflussnahme. Wie die Meinungs- und Pressefreiheit, eines der grundlegenden Prinzipien unserer Demokratie, hier auszulegen ist und ob der Inhalt von Texten den allgemeinen Stil-Standards entspricht, darüber muss die Justiz unvoreingenommen befinden können. Es ist in jedem Fall aber gut und richtig, dass Angela Merkel angekündigt hat, den Paragraph 103 StGB noch in dieser Legislaturperiode abschaffen zu wollen. Staatsoberhäupter müssen sich auch, mitunter geschmacklose, satirische Beiträge gefallen lassen. Majestätsbeleidigung passt nicht mehr in die Zeit.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr Armin Schuster



Armin Schuster im Gespräch mit Besuchern aus Lörrach und Umgebung.

Armin Schuster MdB  
Im Deutschen Bundestag für den  
Wahlkreis  
Lörrach-Müllheim

Bundestagsbüro  
Tel.: 030 227-71005  
Fax: 030 227-76606  
E-Mail: [armin.schuster@bundestag.de](mailto:armin.schuster@bundestag.de)

Wahlkreisbüro  
Tel.: 07621 4258033  
Fax: 07621 4258035  
E-Mail: [armin.schuster.wk@bundestag.de](mailto:armin.schuster.wk@bundestag.de)

## Asylgesetzgebung

### Liste sicherer Herkunftsstaaten wird erweitert

In dieser Woche ist der Gesetzentwurf zur Erweiterung der Liste sicherer Herkunftsstaaten in den Bundestag eingebracht worden. Mit dem Gesetz wollen wir die nordafrikanischen Maghreb-Staaten Algerien, Marokko und Tunesien als sichere Herkunftsstaaten einstuft. Wie schon bei den Westbalkanstaaten wird uns die Einstufung der genannten Länder als sichere Herkunftsstaaten in die Lage versetzen, schneller und effizienter über Asylanträge von Flüchtlingen zu entscheiden. Die Anerkennungsquote von Asylanträgen aus diesen drei Staaten bewegt sich dabei bisher schon im niedrigsten einstelligen Bereich, gleichzeitig hat sich im letzten Jahr die Zahl der Antragssteller aus diesen Staaten aber vervielfacht. Gerade im Hinblick auf die hohe Zahl der zu uns kommenden Flüchtlinge aus den Krisengebieten des Nahen und Mittleren Ostens müssen wir eine sinnvolle Trennung zwischen Schutzbedürftigen auf der einen Seite und nicht asylberechtigten Migranten auf der anderen Seite treffen. Die Liste sicherer Herkunftsstaaten ist dafür ein geeignetes Mittel, das hat die Einstufung der Westbalkanstaaten als sichere Herkunftsländer gezeigt. Aus diesen Ländern werden derzeit kaum noch Asylanträge gestellt. Der gleiche Effekt wird sich auch bei den Maghreb-Staaten bemerkbar machen. Deshalb muss nun zügig das Gesetzgebungsverfahren abgeschlossen werden.

## Terminhinweis

### Sparkassenpräsident zu Besuch in Lörrach

Am Donnerstag, den 21. April 2016, wird der Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes, Georg Fahrenschon, auf Einladung von Armin Schuster im Sparkassenforum der Sparkasse Lörrach zu Gast sein. Der Abend, den Georg Fahrenschon mit einem Vortrag begleiten wird, steht unter dem Motto „Niedrigzinsen und kein Ende: Folgen für Sparer, Unternehmen und Kreditwirtschaft.“ Im Anschluss an den Vortrag besteht die Gelegenheit, sich mit dem Sparkassenverbandspräsidenten, dem Vorstandsvorsitzenden der Sparkasse Lörrach-Rheinfelden, André Marker und mit Armin Schuster auszutauschen. Die Veranstaltung beginnt um 20 Uhr.

Um Anmeldung bis zum 18. April unter 07621/4119292 oder über die [Homepage](#) der Sparkasse wird gebeten.



Armin Schuster im Gespräch mit Vertretern der Presse über die Entwicklungen im NSU-Untersuchungsausschuss.

## +++++++Kurz berichtet+++++++

### Tatkräftige Unterstützung

In dieser Woche nutzten zwei Schülerpraktikanten im Rahmen der Berufs- und Studienorientierung an Gymnasien (BOGY) die Chance, die Arbeit von Armin Schuster im Bundestag zu begleiten. Felix Hammelsbeck und Richard Ohren konnten während des einwöchigen Praktikums Plenar- und Ausschusssitzungen besuchen und nahmen an einem Rollenspiel teil, bei dem eine Plenarsitzung nachgespielt wird. Außerdem begleiteten Sie Armin Schuster zu Terminen.



### Bürgerbeteiligung läuft

Noch bis zum 2. Mai 2016 läuft die Bürgerbeteiligung zum Bundesverkehrswegeplan 2030, der im März vorgestellt wurde. Über die [Homepage](#) des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur haben alle interessierten Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit, Anmerkungen zu geplanten Bauvorhaben abzugeben. Eine vollständige Öffentlichkeitsbeteiligung wird im Rahmen der Planfeststellungsverfahren der einzelnen Bauvorhaben gewährleistet.

### Rede im Plenum

Am Freitag fand zum Abschluss der Sitzungswoche eine von der Linksfraktion geforderte Aktuelle Stunde zum Thema „Aktuelle Tarifrunde im Bund und in den Kommunen – Den öffentlichen Dienst gerecht entlohnen“ statt. In seiner Rede verwies Armin Schuster auf die Tarifautonomie der Verhandlungspartner und darauf, dass Tarifabschlüsse in Deutschland ohne staatliche Einflussnahme ausgehandelt werden. Dies gilt auch für Beschäftigte von Bund und Kommunen, weshalb eine Einflussnahme des Bundes unzulässig ist. Die Rede ist auf der [Website](#) des Bundestages in voller Länge abrufbar.